



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/2 - 4.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

| | |
|----------------------------------|------|
| Unsicherheit in Pankow | S. 1 |
| Rom erwartet eine neue Regierung | S. 3 |
| Wer soll VVD leiten ? | S. 5 |
| Zum Geburtstag des Kanzlers | S. 7 |

Heißes Eisen trotz Kraftmeiertum

EZ - Berlin

Die Verschiebung der Berliner Vierer-Konferenz um drei Wochen hat der SED jene Atempause verschafft, die sie sich seit dem Tage, als sie die Unabwendbarkeit der Konferenz hinnehmen mußte, so sehnlich für einen allerdings von vornherein fragwürdigen Versuch herbeiwünschte, sich für das Vierer-Treffen halbwegs in Positur zu setzen.

Eine Analyse all dessen, was seit den letzten Tagen des alten Jahres halboffiziell - d.h. durch das Zentralorgan "Neues Deutschland" oder durch den Mund hoher Funktionäre - zu der Konferenz erklärt worden ist, zeigt die Zweigleisigkeit aller SED-Bemühungen. Symptomatisch ist dabei, daß die SED peinlich bestrebt ist, eine klare Stellungnahme zur Berlin-Konferenz zu umgehen. Das Thema Vierer-Treffen wirkt auf die SED wie ein heißes Eisen, an dem man sich lieber nicht die Finger verbrennen möchte.

Die erste Erklärung, die Ulbricht am 31.12. vor Funktionären des Leuna-Werkes zur Frage der Konferenz abgab, läßt sich in den absichtlich simplifizierenden Worten "Friedensvertrag unter

Respektierung der nationalen Unabhängigkeit" zusammenfassen. Die bagatellisierende Tendenz, die allgemein die SED-Stellungnahmen kennzeichnet, kam auch in der am 2. Januar über den kommunistischen Rundfunk gehaltenen Rede Ulbrichts zum Ausdruck, in der vom SED-Chef ganz demonstrativ das Jahr 1954 zum "Jahr der großen Initiative" im Sinne des neuen wirtschaftlichen Kurses gestempelt wurde, als ob das Vierer-Treffen nicht den geringsten Einfluß auf die politischen Pläne der SED haben könne.

Fährt der SED-Karren auf dem Konferenzgleis mit vollem Bremsendruck, weil man sich im Zentralkomitee der SED über die wirklichen Absichten der Sowjets keineswegs im klaren ist, so läßt man auf dem zweiten Gleis die Maschine der SED-Agitation auf vollen Touren laufen. Ein Acht-Punkte-Programm der SED, das die Vorstellungen Pankows über ein wiedervereinigtes Deutschland zusammenfaßt, ist als "Diskussionsgrundlage für das neue Parteilehrjahr" aus der Taufe gehoben worden. Darin wird die Sowjetisierung Westdeutschlands auf allen Gebieten nach dem Muster der DDR angekündigt.

Die "Demonstration der Stärke" in der Art marktschreierischen Kraftmeiertums ist angesichts der Realität der Vierer-Konferenz zum Kennzeichen der SED-Propaganda geworden, wobei sogar vom SED-Zentralerger die neun Millionen Bundestagswähler als "Waffenbrüder" in Anspruch genommen werden, die am 6. September gegen Adenauer stimmten. Pankow hat diese Kraftmeierposition sehr nötig, weil die SED unter allen Umständen eine Sowjetzonenvertretung auf der Berlin-Konferenz durchsetzen will, um die vom ganzen deutschen Volk als allein entscheidend betrachtete Frage freier Wahlen auf diese Weise sterilisieren zu können.

Die Forderung nach einer deutschen Vertretung auf dem Vierer-Treffen ist zur Zeit der einzige konkrete Punkt der SED-Stellungnahme. Entscheidend aber ist dabei, daß auf beiden Gleisen die Schwäche des Sowjetzonenregimes die Haltung der SED bestimmt. Gegenüber der Konferenz die Ungewißheit der sowjetischen Pläne, gegenüber dem Volk der Zone die Erkenntnis vom zunehmenden Zerfall der Autorität von Partei und Staat.

Kein Zweifel, aus der Tatsache, daß die SED seit einigen Tagen in verstärktem Maße sich der Wahlfrage zuwendet, ist zu ersehen, daß Pankow durchaus mit der Möglichkeit einer Zänigung der Konferenz über die Wahlen rechnet. Mit ihrem Diffamierungsfeldzug gegen die vom Westen geforderten freien Wahlen enthüllt die SED den letzten ihr verbleibenden Ausweg, die Aufstellung von westdeutschen Kandidaten und damit echte "gesamtdeutsche" Wahlen zu verhindern.

Regierung Pella auf schwachen Füßen

J.k.-Rom, Anfang Januar

Wenn nicht alles täuscht, wird Italien bereits im Januar eine neue Regierung haben, ein Kabinett, in dem der höchst erfahrene einstige Ministerpräsident Alcide de Gasperi Sitz und Stimme haben wird. Der christlich-demokratische Ministerpräsident Pella ist ein Freund der großen Bankiers und bestimmter Industriegruppen. Beide blicken lieber nach rechts als nach links. So neigte denn auch Pella dazu, die notwendigen politischen Hilfestellungen auf der extremen Rechten zu suchen, besonders bei der faschistenfreundlichen monarchistischen Partei. Trotz ihres klangvollen Namens aber umfaßt diese Partei durchaus nicht alle monarchistisch eingestellten Gruppen und Gruppenchen, ja sie soll nicht einmal allzu freundschaftliche Beziehungen zum Hause Savoyen unterhalten, und ihre Wahlmethoden und sonstigen politischen Äußerungen gefallen den alten Royalisten durchaus nicht. Auch dem linken Flügel der Democristiana sagen sie nicht zu und den kleinen Mittelparteien erst recht nicht.

So sah sich Pella vier Monate nach Übernahme des neuen Postens - er ist gleichzeitig Außenminister und weiterhin Budgetminister - einer Fronte in der eigenen Partei gegenüber. Das wäre schlimm genug gewesen. Es wurde jedoch noch verschlimmert durch die Schwierigkeiten, in die er sich auf der außenpolitischen See manövrierte: Dadurch, daß er im Triest-Konflikt die "nationalen Instinkte" sich austoben ließ - eine Folge seiner Drehung nach rechts - brachte seine Diplomatie Unruhe in die gesamte europäische Politik, verärgerte England, versteifte das Verhältnis zu Jugoslawien und rief in den USA gewiß keine Begeisterung hervor. Es war ein in jeder Hinsicht kostspieliger Versuch, Außenpolitik auf nationalistischer Grundlage zu betreiben. Er kostete Geld, Sympathien, Prestige.

Auch mit den Christlichen Gewerkschaften kam es zu ärgerlichen Reibungen. Da sie sich bei mehreren großen Streiks mit dem pro-kommunistischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund solidarisch erklärten - auch als die Staatsangestellten streikten - und da sie andere Streiks

selbständig ansetzten, wurden sie mit wenig schmeichelehaften Redewendungen zur Ordnung gerufen. Weder Industrielle - mit Ausnahme! - noch Bankiers begriffen, daß, wenn die "Christlichen" nicht eine Massen-Abwanderung riskieren wollten, sie gar nicht anders handeln konnten und können: Der gewerkschaftlich eingestellte Flügel der Democristiana opponierte gegen Fella und wurde das, was man im Privatleben bockbeinig nennt.

Kurz vor Weihnachten gab es Tage, an denen es schien, die große Democristiana sei im Begriff, sich aufzulösen. Eine erregte Suche nach Kompromissen setzte ein. Der Vatikan bemühte sich, Öl auf die wilden Wellen zu gießen. Es kam zu langen Disputen, die damit endeten, daß, ohne entsprechende öffentliche Ankündigung, die baldige Umbildung der Regierung und die Aufnahme de Gasperis ins Kabinett beschlossen wurde. Doch auch dieser höchst trainierte parlamentarische Jongleur kann an der Tatsache nichts ändern, daß die Democristiana keine Mehrheit im Parlament beherrscht und Hilfstruppen benötigt.

Selbst wenn es zur einstigen Koalition mit den inzwischen zusammengeschrunpften kleinen Mittelparteien - den Liberalen, Republikanern und Rechtssozialisten - käme, ergäbe dies noch keine Mehrheit. Dazu aber kommt, daß bei Saragats Rechtssozialisten nach wie vor zentrifugale Kräfte wirksam sind und die 19 Abgeordneten der Partei teils zum Zentrum, teils nach links tendieren. Dort auf der Linken winkt Pietro Nenni, Anführer von 75 Abgeordneten, die viel Wert darauf legen, nicht als Kommunisten zu gelten, aber ebenso viel Wert darauf, ihre engen und herzlichen Beziehungen zur KP nicht zu gefährden. Bringt man den reichen Inhalt der Sirenenrufe Nennis auf einen kurzen Nenner, so meint er etwa folgendes:

Nimmt uns die Democristiana in den Kreis der Regierenden auf, so hat sie alles was sie wünscht. Sie hat die absolute Mehrheit in der Kammer, auch wenn Saragats 19 Männer sich ausschließen sollten. Sie braucht sich nicht mit Monarchisten und Faschisten abzugeben. Sie hat die nötige soziale Note. Allerdings gibt es ein paar kleine Bedingungen: Die sogenannte Europa-Politik mit EVG und ähnlichen Verirrungen

wird sofort abgeblasen, und es hat alles zu geschehen, um aus Europa eine Dritte Macht zu formen, die einen Zusammenprall der Kolosse verhindern kann. Darüber, wie dies vor sich gehen soll, schweigen Nenni & Co. sich aus.

Wenn im Januar de Gasperi und einige seiner näheren politischen Freunde in die Regierung eintreten sollten - und daran wird nicht gezweifelt - so werden sie diesen Sirenenrufen kaum folgen. Vielmehr dürften sie versuchen, sich die nötige parlamentarische Mehrheit von Fall zu Fall zu sichern, so oft und so lange dies gelingt. Wo dann Saragats Unschlüssige stoken werden, kann niemand heute voraussagen, und ebenso wenig, ob und wie lange es möglich sein wird, die mit Recht gefürchteten Neuwahlen zu vermeiden.

+ + +

Wer soll VWD leiten ?

(sp) Neben der Deutschen Presse-Agentur besteht in Deutschland die GmbH "Vereinigte Wirtschaftsdienste", die die Aufgabe hat, Wirtschaftsnachrichten zu sammeln und zu verbreiten und diese in enger Verbindung und in schweizerischer Zusammenarbeit mit dpa erfüllt. Sie liefert der deutschen Wirtschaft nicht nur Spezialinformationen aus dem In- und Ausland, sondern täglich auch deutsche und internationale Börsenkurse und ist auf dem Wege, deutsche Nachrichten über wirtschaftliche Angelegenheiten ins Ausland zu geben. Niemand wird die außerordentliche Bedeutung übersehen können, die eine solche Agentur für die deutsche Volkswirtschaft und für die zwischenstaatlichen wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik hat. Es ist nicht gleichgültig, wer an der Spitze eines solchen einflußreichen Instituts steht. Wir wünschen, daß es jemand ist, der im In- und Ausland in gleicher Weise volles Vertrauen beanspruchen kann, dessen Verhalten heute und in der Vergangenheit, die noch immer die Beziehungen Deutschlands zum Ausland überschattet, keinen Anlaß zu Mißtrauen gibt.

Es besteht Anlaß, dies deutlich zu sagen. Der Verwaltungsrat der Gesellschaft VWD tritt in diesen Tagen in Köln zusammen, um einen neuen

Geschäftsführer und Chefredakteur zu wählen, da der bisherige in den diplomatischen Dienst der Bundesrepublik übertritt. In der engeren Wahl steht ein Mann, dessen politische Vergangenheit in jeder Weise dazu mahnt, eine nicht zu überhörende Warnung auszusprechen. Wir wünschen keine Wiederholung der Entnazifizierung. Aber man sollte dem Ausland nicht gerade an der Stelle einen prominenten Vertreter deutscher Angelegenheiten zumuten, die besonders häufig und besonders intensiv den Kontakt zwischen ausländischen und deutschen Persönlichkeiten und Interessen aufnehmen, pflegen und nutzbar machen muß. Wer es länger als ein Jahrzehnt als seine vordringlichste Aufgabe angesehen hat, nationalsozialistische Propaganda unverfälschter Goebbels-Prägung in das Ausland zu dirigieren, wer dazu schließlich an die verantwortliche Spitze eines ausgesprochenen Propagandainstituts des Hitlerreiches berufen wurde und dort als Direktor und Chefredakteur unter der Obhut von Joseph Goebbels und des Reichspressechefs Hitlers, Dr. Dietrich, nicht zuletzt als Vertrauensmann von Hermann Goering tätig war - in der Agentur "Transocean" nämlich, - der sollte still zur Seite treten, wenn heute das Porzellan wieder sorgfältig gekittet wird, das auch durch seine Mitwirkung sinnlos zerschlagen wurde. Wir schon dabei von anderen und schlimmeren Vorwürfen ab, die aus jener Zeit noch in lebhafter Erinnerung sind. Wir sehen auch davon ab, aus Artikeln einer Zeitschrift zu zitieren, die unter der Verantwortung eben dieses Mannes in den letzten Jahren veröffentlicht wurden und die sich bis zu der Behauptung steigerten, daß die Regierung der Bundesrepublik illegal ihr Amt angetreten habe und ausübe.

Es kommt nicht darauf an, in welche Gruppe jemand eingestuft wurde, als sogenannte Entnazifizierungskammern mehr schlecht als recht ihre wenig sinnvolle Tätigkeit ausübten. Wichtiger ist schon, daß danach der alte Geist und der alte Umgang von einst gepflegt wurden. Zu den engeren Mitarbeitern jener Zeitschrift gehören nicht wenige der einstigen Prominenten der NSDAP-Presse.

Die Vereinigten Wirtschaftsdienste sind eine private Gesellschaft. Ihre Anteile sind in den Händen der Deutschen Presse-Agentur, der Reuters Ltd. (London) und des Deutschen Wirtschafts-Dienstes, einer Holdinggesellschaft der deutschen Wirtschaft. Weder die Bundesregierung, noch politische Parteien, noch Interessentengruppen haben ein Recht auf Einflußnahmen auf die VWD. Alle sind aber in gleicher Weise daran interessiert, daß die vorsichtig und sorgfältig aufbauende Arbeit dieser jungen Wirtschaftsagentur nicht durch ein Experiment gestört wird, an dem nur politische Abenteurer ein Interesse haben können, denen der Sinn für Fakt und Maß fehlt.

Achtundsiebzig

P.R. Bundeskanzler Adenauer begeht am 5. Januar seinen 78. Geburtstag. Seine Freunde und Anhänger werden ihn vermutlich aus diesem Anlaß überschwänglich feiern, denn sie sehen in ihm ein Idol und die Verkörperung politischer Weisheit schlechthin. Wer mit seiner Politik und manchen seiner Methoden - wir denken hier an einige sehr wenig erfreuliche Dinge aus der Zeit vor den Wahlen - nicht einverstanden ist, wird seine Arbeitsleistung und seine Spannkraft rühmen können, die in diesem Alter so selten sind, auch wenn die Erscheinung des "großen alten Mannes" in der Politik gerade auch in unserer Zeit nicht unbekannt ist.

Freilich war Konrad Adenauer immer und in vieler Hinsicht ein Glückskind. Das Leben hat es ihm nie besonders, geschweige denn bis zur äußersten Bitternis, schwer gemacht. Er brauchte nicht, wie etwa der noch um einiges Ältere Churchill, die Last zweier Weltkriege in höchster Verantwortung auf seinen Schultern zu tragen. Auch politische Verfolgungen ernsterer, Gesundheit und Leben gefährdender Art blieben ihm erspart.

So trat er nach der deutschen Katastrophe als ein Mann Anfang der Siebziger, aber ausgeruht, wieder in die politische Arena, d.h. für die breiteste Öffentlichkeit eigentlich zum ersten Mal, denn der Oberbürgermeister von Köln und der preußische Staatsrat war weder nach diesen begrenzten Funktionen noch aus Neigung ein Mann der publicity.

Das hat sich in den letzten Jahren gründlich geändert, Adenauer ist ein Mann von großer Volkstümlichkeit geworden. Der Ausgang der Wahl vom 6. September bewies schlagend, daß der größere Teil der Bevölkerung in Westdeutschland in ihm so etwas wie die Verkörperung des eigenen, durch hundert verschiedene Ursachen bedingten Aufstiegs aus Kriegs- und Nachkriegschaos sieht. Auch entspricht seine autoritäre Art der Regierungsführung einem nur allzu tiefsitzenden und weitverbreiteten deutschen Bedürfnis.

Wenn andererseits ein in Millionenaufgabe erscheinendes Magazin wie "Time" ihn zum "Mann des Jahres 1953" erwählte, so braucht dieses amerikanische Urteil angesichts der Konsequenz und absolut eindeutigen Politik des Kanzlers gewiß nicht zu erstaunen: Daß der Bundeskanzler heute im Kreise der Staatsmänner der westlichen Welt besonders geschätzt ist, hat neben dem unbestreitbaren Gewicht seiner Persönlichkeit die sehr begreifliche Erklärung vor allem in oben dieser seiner Politik.

Fast alle entscheidenden Fragen, die das ganze deutsche Volk betreffen, liegen heute noch ungelöst vor uns. Viele Ansätze für die Art der Lösung nach den Vorstellungen des Bundeskanzlers erscheinen der politischen Opposition in Westdeutschland bedenklich und gefährlich. Das kann man auch an dem Tage nicht verschweigen, der im allgemeinen der politischen und menschlichen Lobpreisung oder doch Anerkennung des Kanzlers gewidmet sein wird.

Verantwortlich: Peter Raunau